

**Rede  
der Sprecherin für Bauen und Wohnen**

**Thordies Hanisch, MdL**

zu TOP Nr. 20a

Aktuelle Stunde

**Soziales Wohnen sicherstellen - bezahlbares und  
nachhaltiges Bauen miteinander vereinbaren**

Antrag der Fraktion der SPD – Drs. 18/11230

während der Plenarsitzung vom 18.05.2022  
im Niedersächsischen Landtag

*Es gilt das gesprochene Wort.*

Anrede,

wir haben nicht genug bezahlbaren Wohnraum, wir haben zu viele Emissionen aus dem Bereich Bauen, Heizen, Renovieren und Wohnen, und vor allem haben wir zu hohe Kosten für die Menschen in unserem Land für Wohnraum und Energie.

Die Preise für Baustoffe sind angestiegen, die Fachkräfte sind knapp und die Immobilienpreise haben sich locker verdoppelt.

Wir alle kennen Menschen, die Wohnraum suchen. Die zu Hause ausziehen wollen, vielleicht sogar ein Grundstück zum Bebauen suchen oder eine Wohnung, in der man gut alt werden kann. Besonders bedrückend sind Fälle, in denen eine Ehe kaputtgegangen ist und nun weiter zusammen gewohnt wird – oft mit Kindern – weil in der Nähe kein passender Wohnraum zur Verfügung steht. Hier muss mehr geliefert werden! Und deswegen brauchen wir mehr Flexibilität im Baurecht.

Es kann doch nicht sein, dass man für die Bebauung eines Hinter-Grundstücks mit einem einzelnen Haus ein Bebauungsplan ändern oder aufstellen muss.

Es kann nicht sein, dass wir für solche Baulücken ein Bodengutachten, ein Entwässerungskonzept, die Beteiligung von Umweltbehörde, Wasserbehörde, Denkmalschutzbehörde und Bauaufsicht brauchen, damit hier gebaut werden kann.

Planen dauert deutlich zu lange.

Ich selbst habe Bebauungspläne erstellt – in einem privatwirtschaftlichen Büro. Und in der Zusammenarbeit mit den Verwaltungen ist eins deutlich geworden. Wir sind alle verdammt gut im Fehler finden. Beim Aufzeigen von Lösungen gibt es aber noch ein erhebliches Potenzial.

Hier braucht es einen Mentalitätswechsel hin zu „gemeinsam an einem Strang ziehen“, um alle Möglichkeiten zu nutzen und unser Planen und Bauen schneller und einfacher zu machen. Es braucht den Rückhalt in den Verwaltungen, dass ein solches Vorgehen befördert. Und es braucht den Rückhalt in der Gesellschaft, nicht nur auf sein Recht zu bestehen, sondern auch dafür einzustehen, dass es für alle vorangeht.

Viele Menschen in Niedersachsen haben die Heizung abgedreht, ihre Duschzeit verkürzt oder auf kaltes Wasser umgestellt, überlegen bei jeder Auto- oder Busfahrt, ob diese wirklich nötig ist und sparen beim Essen. Weil sie es sich anders nicht leisten können.

Was passiert hier? – Es ist ein Marktversagen. Es fehlt Moral, es fehlt an Rückgrat.

Wenn es beim Wohnungsbau nicht darum geht, den größten Bedarf nachzukommen, sondern den größten Gewinn zu erzielen, dann ist das Marktwirtschaft.

Wenn Öl-Konzerne in Zeiten der Krise ihre Gewinne steigern – nicht, weil ihre Kosten explodiert sind, sondern weil sie es sich leisten können, weil die Kurse durch die Decke gehen und die Menschen eben auf Energie angewiesen sind, dann ist das Marktwirtschaft. Der Markt regelt eben nicht alles.

Wir müssen dazu kommen, uns staatlich in den Markt einzumischen. Zum Beispiel dadurch, dass wir selbst Planen und Bauen – eine Landeswohnungsbaugesellschaft kann nämlich nicht nur selbst bauen, staatliches Bauen kann auch dazu führen, dass die Vereinfachungspotenziale in den Kommunen aufgezeigt werden und zusammengearbeitet wird.

Wir müssen dazu kommen – bei aller Zusammenarbeit mit der Marktwirtschaft – auch Schranken aufzuzeigen. Wir brauchen Transparenz, um agieren zu können, und hier sind die Bundesregierung und die EU gefragt.

Wir müssen hier ansetzen, um unsere Menschen hier im Land vor der Marktwirtschaft zu schützen.

Dazu braucht es eine starke sozialdemokratische Politik. Denn ich kann mir beim besten Willen nicht vorstellen, dass solche Ansätze von der FDP und CDU unterstützt werden – lasse mich aber jederzeit gern überraschen!

Und doch tut der Staat, was er kann.

Mit dem Heizkostenzuschuss unterstützt der Bund Wohngeld- und BAföG-Empfänger, Azubis mit Ausbildungsbeihilfe sowie Aufstiegsgeförderte. Die Sozialleistungsempfänger erhalten mit dem Entlastungspaket eine Einmalzahlung von 200 Euro, das gilt auch für leistungsempfangende Rentnerinnen und Rentner. Und die einkommensteuerpflichtigen Erwerbstätigen erhalten eine Energiepauschale in Höhe von 300 Euro. Und ab dem 1. Juli fällt die EEG-Umlage für die Stromkunden weg.

Im Land fördern wir die energetische Modernisierung von Mietwohnraum mit bis zu 40 Prozent und 48.000 Euro je Wohneinheit. Wir fördern die energetische Sanierung von Wohnraum für Studierende und Wärmepumpenquartiere. Dem Maßnahmenpaket zur Erreichung der Klimaziele sind 1 Milliarde Euro zur Umsetzung weiterer Maßnahmen im Bereich Wohnen und Klimaschutz hinterlegt.

Und auch diese werden unser Wohnen nicht nur nachhaltiger machen, sondern auch dafür sorgen, dass die Energiepreise bezahlbarer werden.

Wir werden uns weiterhin dafür stark machen, unsere Bürgerinnen und Bürger zu entlasten und Wohnen bezahlbarer zu machen.

Vielen Dank.